



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Nicole Bäuml, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**,

Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Toni Schuberl, Florian Siekmann und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Nachtragshaushaltsplan 2025;

hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) (Kap. 03 12 neue TG)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 12 (Integration von Zuwanderern und weiterer Integrationsbedürftiger sowie Beratung und Betreuung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern) wird für die dauerhafte institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) eine neue TG aus-gebracht und mit Mitteln in Höhe von 150,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Begründung:

Die erfolgreiche Gestaltung von Integrationsprozessen verlangt die Mitwirkung des Staats und der Zivilgesellschaft. Es ist an der Zeit, Integrationspolitik nachhaltig und verlässlich zu gestalten. Dazu gehören eine Systematisierung und nachhaltige Steuerung statt einer ausschließlich projektbezogenen Förderung der Integrationsarbeit der Migrantenorganisationen.

Bislang wird die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) lediglich mit Projektmitteln gefördert. Eine von Projektmitteln unabhängige institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle in Höhe von 300,0 Tsd. Euro pro Jahr würde eine Vollzeitkraft Geschäftsführung, eine Vollzeitkraft politische Mitarbeit und eine Vollzeitkraft Verwaltung sowie entsprechende Mittel für die Durchführung von Maßnahmen, Tagungen und Öffentlichkeitsarbeit beinhalten. Für das Jahr 2025 sind die veranschlagten 150,0 Tsd. Euro ab 01.07.2025 gedacht. Die beantragten Projektmittel sind davon unabhängig zu gewähren.